

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

## Errichtung von 9 Wohnhäusern mit insgesamt 46 Kleinwohnungen.

Die gestern abend von 7 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten war von 37 Damen und Herren des Kollegiums besucht. Entschuldig fehlten von der bürgerlichen Fraktion die Herren Stadtm. Blüthgen, Klöpfer und Steinbach, von der SPD-Fraktion Herr Stadtm. Mehlhorn. Am Ratstische saßen die Herren Bürgermeister Hans, Stadtrat Führer und Stadtrat Schumann Platz genommen. Der Stadtrat Schumann war gut besucht. Die Sitzung leitete Herr Stadtm. Vorheiser Günther.

In der gestrigen Sitzung hatte sich das Kollegium abermals mit einer ganzen Reihe Tagesordnungspunkte zu beschäftigen. Zwar war die Zahl der Beratungsgegenstände eine ziemlich hohe — es wurden etwa 30 Punkte erledigt —, sie waren aber in der Mehrzahl nicht dermaßen bedeutungsvoll, daß sie ein derartiges Vorwörterbedürfnis hätten, wie es der Fall war und wodurch die Sitzung unübersichtlich in die Länge gezogen wurde. Bezeichnend ist, daß gerade bei weniger wichtigen Angelegenheiten reichlich gesprochen wurde, während größere Projekte verhältnismäßig rasch verabschiedet wurden. So stand die gestrige Sitzung zuweilen wieder einmal unter dem Zeichen: „Viel Lärm um nichts!“ Einzelne Redner begingen sich in ihren Ausführungen mitunter hart in Redensarten, ja, man vermehrte nicht selten sogar die Sachlichkeit. Mehrere Zuhörer verließen den Saal bereits vor Beendigung der Sitzung, während der größte Teil bis zum Schluß ausblieb. Wer seine Zeit geopfert hat, ist ja schließlich auch auf seine Rechnung gekommen, denn es herrschte im Saale immerhin eine Stimmung, die nicht auf „Großartigkeit“ eingestellt war; im Gegenteil: man erlebte so manchen beiderseitigen Zwischenfall, derartige Situationen muß man mit in Kauf nehmen; sie gehen ja schließlich auf das Konto des betreffenden Sprechers. Man betrachtet solche „Entgleisungen“ als das kleinere Übel und empfindet es als angenehme Erscheinung, wenn man sich an gewisser Stelle bemüht, die Grenzen des parlamentarischen Taktgefühls nicht zu überschreiten. Kurz nach 9 Uhr erreichte die öffentliche Sitzung ihr Ende.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Stadtm. Vorheiser Günther mehrere

### Mitteilungen und Eingänge

bekannt. Es wurde zunächst Kenntnis genommen von einem Schreiben des Rates, daß Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider vom 5. bis 15. März beurlaubt ist und während dieser Zeit durch Herrn Bürgermeister Hans vertreten wird.

Es wurde ferner Kenntnis genommen von einer Einladung zu der am 16. März im „Capitol“ stattfindenden Dinerleiter der Stadt Mies. Ferner waren Einladungen ergangen vom Räte der Stadt Töbeln zu der dortigen Ausstellung „Die Farbe im Stadtbild“, zu der Entlassungsfest der hiesigen Berufsschule, zum Musikball der Abiturienten der Oberrealschule, sowie zu einem politischen Vortrage des Jungdeutschen Lebens.

Es gelangte sodann ein mit „Schule, Groß-Dresden“ unterschriebenes Schreiben zur Verlesung, dessen Inhalt sich gegen die Mitunterzeichneten vom Kollegium gefaßten Beschlüsse richtete, die Einrichtung eines Gemeindefriedhofes und die Einhebung des gemeinsamen Gebietes in den hiesigen Rinderorten betr. Zu dem Schreiben wurde — da es als anonym bezeichnete — nicht Stellung genommen.

Von der kommunikativen Fraktion waren folgende Anträge eingegangen:

1. Der Internationalen Arbeiterhilfe werden 1000 RM. aus städtischen Mitteln überwiesen;
2. Die Stadt Mies tritt sofort aus dem Arbeiter-Verband Sächsl. Gemeinden aus.

Gegen die sofortige Erledigung obiger Anträge erhob die bürgerliche Fraktion Einspruch mit der Begründung, daß eine Dringlichkeit nicht vorliege. — Die Anträge sollen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Nummehr wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

### Verlegung des Spielfeldes innerhalb der Laufbahn des Sportplatzes.

Der Grundstücks- und Bauausschuß hat beschlossen, die Verlegung des Spielfeldes in der vorgesehenen Weise auszuführen zu lassen und schätzt vor, hierzu den Betrag von 2000 RM. zu bewilligen und die Arbeiten vor Verabschiedung des Haushaltsplanes vornehmen zu lassen. — Der Rat hat dem Beschlusse des Ausschusses beigestimmt, mit der Maßgabe, daß sich das Bauamt mit den in Frage kommenden Vereinen in Verbindung setzt. — Es wurde gleichzeitig auch beauftragt, der Rat solle anfragen werden, gelegentlich auch Unterkunftsplätze auf dem Sportplatz mit errichten zu lassen.

Herr Stadtm. Schinkel erklärte namens der bürgerlichen Fraktion, daß diese grundsätzlich mit der Verlegung des Spielfeldes und auch mit der Errichtung von Unterkunftsplätzen einverstanden sei. Es komme aber augenblicklich die Dringlichkeit nicht in Frage. Der bestehende Reklamationsfall sei bereits seit Jahren bekannt und die Rechte sei der Meinung, daß eine kurze Verzögerung des Projektes bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes nicht nachteilig sei. Die Rechte lehne die Bewilligung der Mittel vor Verabschiedung des Haushaltsplanes ab.

Die Ratsvorlage wurde sodann gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Anregung, den Rat zu ersuchen, zu prüfen, ob es möglich ist, auch Unterkunftsplätze auf dem Sportplatz zu errichten, wurde einstimmig unterzogen.

### Einlegung der Wasserleitung in die südlichen Grundstücke Gantzer Straße 36 und am Dorfgarten 10 betr.

Auch hierzu haben Bauausschuß und Rat beschlossen, vorzuschlagen, die erforderlichen Mittel vor Verabschiedung des Haushaltsplanes zu bewilligen. Die bürgerliche Fraktion verzögerte auch hier auf ihrem Standpunkte und lehnte die Bewilligung vor Verabschiedung des Haushaltsplanes ab. Die Vorlage wurde gegen 10 Stimmen der Rechte und 1 Stimme der Partei für Volksw. u. Kaufm. angenommen.

### Finanzhilfsleistung des dem Mieser Verein für Jugendpflege im Jahre 1928 gewährten städtischen Darlehens.

Dem genannten Vereine ist seinerzeit ein Darlehen von 5000 Papiermark gewährt worden. Finanzausschuß und Rat haben beschlossen, daß auf 5,25 Goldmark errechnete Darlehen in Wegfall zu stellen. — Das Kollegium trat diesem Beschlusse einstimmig bei.

### Gewährung von Urlaub an die längere Zeit bei der Stadt beschäftigten nichtständigen Arbeiter betr.

Die kommunikativen Fraktion hatte in der Sitzung vom 6. Januar d. J. beantragt, die Karenzzeit bei Gewährung von Urlaub an die bei der Stadt beschäftigten nichtständigen Arbeiter von 22 auf 8 Monate herabzusetzen. Die Angelegenheit war zur Prüfung an den Grundstücks- und Bauausschuß verwiesen worden. Dieser ist auf Grund tariflicher Regelung auf seinem früheren Beschlusse, allen bei der Stadt beschäftigten Arbeitern auch bei einer Beschäftigungsdauer bis zu 8 Monaten den für ständige Arbeiter eingeführten Urlaub zu gewähren, stehen geblieben, und zwar gegen 1 Stimme. Der Rat ist diesem Beschlusse beigetreten.

In der Debatte sprach Herr Stadtm. Vietor (Komm.) von Ungerechtigkeiten, die einem Teile der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter zugemutet werde. Jeder Arbeiter habe Anspruch auf Urlaub.

Herr Stadtm. Turra (Soz.) wies darauf hin, daß die kommunikativen Fraktion die Tarifachen verdränge. Er bemerkte, daß die Entlohnung auf Grund der tariflichen Regelung erfolge und ja auch den nichtständigen Arbeitern Urlaub gewährt werden solle, trotzdem diese außerdem einen 10prozentigen sozialen Wohnungszuschlag erhielten.

Nach weiterem Wortwechsel Vietor—Turra—Otto wurde die Vorlage einstimmig genehmigt. — Also: viel Lärm um nichts!

### Ueberlassung von Baugrund an die Herrin Schumann und Fischer.

Die Obengenannten, Herr Zimmerer Schumann und Herr Bezirksförstereifermeister Fischer, haben um Ueberlassung dieses Baugrundes in Erbpacht zwecks Errichtung von Wohngrundstücken nachgesucht. Das Bauamt hat vorgeschlagen, den Grundstückseigentümern das etwa 1100 Quadratmeter umfassende Land zu überlassen. Bauausschuß und Rat haben diesem Vorschlage zugestimmt.

Die SPD-Fraktion erklärte sich ebenfalls einverstanden. Die bürgerliche Fraktion erklärte, daß sie der Vorlage zustimmen würde, sobald die Verwirklichung der Mietverträge vom Räte genehmigt worden sei. — Nachdem Herr Bürgermeister Hans mitgeteilt hatte, daß die Regelung die auf 3 Vorken, die wegen einiger noch ausstehender Aufklärungen vorläufig zurückgestellt worden seien, erfolgt sei, erklärte die bürgerliche Fraktion, daß sie nach dieser Versicherung ihre Zustimmung geben könne. — Der Vorlage wurde sodann einstimmig zugestimmt.

### Verkauf von Baugrundstücken im südlichen Grundstück Gantzer Straße 18 betr.

Es handelt sich hier um die Errichtung einer Wohnung im früheren Archthaus der ehem. Gemeinde Weida. Durch Umbau soll der bezeichnete Raum und die dort befindliche Waschküche in eine Wohnung umgewandelt werden; der Dachraum soll im Nebenraume untergebracht werden. Herr Stadtm. Tröger (Bürgerl.) äußerte sich mitleidig zu einem zu dieser Angelegenheit geschilderten Schriftwechsel und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Maßnahme nicht scheitern werde.

Herr Stadtm. Vorheiser Günther erwiderte, man möge nicht nach einer Seite hin Kritik üben. Er sei im übrigen dafür, die auf etwa 800 RM. errechneten Kosten zu bewilligen und den Umbau sofort vornehmen zu lassen.

Herr Stadtm. Tröger erklärte, daß die Rechte auch diesem Projekte nicht zustimmen könne; er müßte die Mittel im Haushaltsplan untergebracht sein.

Herr Stadtm. Horn (Soz.) wies darauf hin, daß es überall ähnlich sei, dringende Angelegenheiten nicht hinauszuschieben, bis der Haushaltsplan verabschiedet sei. Es könnten noch Monate vergehen, bis der Haushaltsplan unter Dach und Fach sei. Lieber sei es unbedenklich, die 800 RM. vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes zu bewilligen.

Herr Stadtm. Schinkel (Bürgerl.) wir wolle durch unsere grundsätzliche Stellungnahme erstreben, daß wir endlich dazu kommen, daß auch in Mies der Haushaltsplan zeitlich zur Beratung vorliegt, daß er mit Beginn des neuen Rechnungsjahres verabschiedet werden kann. Der Rat habe seit der Eingemeindung der früheren Gemeinde leer gestanden und jetzt plötzlich werde die Dringlichkeit des Umbaus hervorgehoben. Es gehe nicht an, daß man sich immer wieder starke Belastungen auferlege.

Herr Stadtm. Vorheiser Günther kritisierte die Stellungnahme der bürgerlichen Fraktion; ihre Sparmaßnahmen seien nicht stichhaltig, das beweise die Ausgabebereitschaft, die beispielsweise in der Stellungnahme der Rechte zum Reichsstaatsgerichtswort und anderen Progen zum Ausdruck gebracht worden sei.

Herr Stadtm. Fischer (Volksw. u. Kaufm.) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführung des in Frage stehenden Umbaus und gegen Ausgaben, die schon im voraus den neuen Haushaltsplan belasten. Er bezeichnete den Umbau der genannten Räumlichkeiten zu einer Wohnung als unwürdig, da sie hier nicht einströmen.

Herr Stadtm. Horn suchte die Meinungen der Herren Schinkel und Fischer zu zerstreuen. Die Verhältnisse würden kaum gehalten, den Haushaltsplan bis 1. April zu verabschieden.

An der weiteren Aussprache beteiligte sich noch Herr Stadtm. Holland (Volksw. u. Kaufm.). Herr Stadtm. Schinkel (Bürgerl.) erklärte, seine Fraktion fühle sich verpflichtet, Vorwärts zu gehen und somit keine Mittel zu bewilligen, für welche noch keine Deckung vorhanden sei.

Die Vorlage wurde schließlich gegen 11 Stimmen genehmigt.

Einem Zusatzantrage, den Umbau sofort ausführen zu lassen, wurde gegen 10 Stimmen zugestimmt.

### Verbesserung der Straßenbeleuchtung betr.

Es ist beabsichtigt, die Straßenbeleuchtung der Stadt zu verbessern. Die Beleuchtung im Umfange der Vortriebsstraße einzufließen, würde einen Mehrkostenaufwand von 2010 RM. erfordern. Der Finanzausschuß und der Rat haben einer weiteren Vorlage, 20 Stück Straßenlaternen mehr, als dies bisher der Fall war, zur Beleuchtung zu verwenden, zugestimmt, was einen erhöhten Kostenaufwand von nur 2000 RM. bedingt. — Das Kollegium trat diesem Beschlusse einstimmig bei.

Herr Stadtm. Hölz (Komm.) machte darauf aufmerksam, daß des öfteren das Brennen von Gaslaternen während der Tagesstunden zu beobachten sei.

Herr Stadtm. Horn bemerkte hierzu, daß Mies Erleuchtung leider ein Mangel der Fernerleuchtung sei, der nicht behoben werden könne. Die Angelegenheit werde aber im Betriebsausschuß zur Sprache gebracht werden. Uebereinstimmend auch die Volkseigenen anerkannt worden, Beobachtungen der geschädigten Art zu meiden.

### Die Einweisung an ehemaligen südlichen Grundstücken betr.

Gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion wurden die Kosten für Arbeiten an der Einweisung an oben genannten Grundstücken in Höhe bis zu 300 RM. für den Haushaltsplan 1928 bewilligt und beschlossen, die Arbeiten ebenfalls vor Verabschiedung des Haushaltsplanes auszuführen zu lassen.

### Die rubegeldberechtigten Dienstadt der städtischen Angestellten betr.

Der Ratsvorlage, betr. die Kürzung der vor dem Angestelltenverhältnis stehenden Militär- und Ehrenabzeichen seit der städtischen Angestellten auf die rubegeldberechtigten Dienstadt, trat das Kollegium einstimmig bei.

### Verkaufung einer Zimmerkategorie für den Büchsenhandstand des städtischen „Capitol“.

Die diesbezügliche Ratsvorlage fand die Zustimmung des Kollegiums. Von dem mit Frau Bach und Herrn Schreiber abgeschlossenen Vertrage wurde Kenntnis genommen. — Eine Kurzung des Herrn Stadtm. Vorheiser Günther, auch eine Stilllegung zu beschaffen, wurde in die Niederschrift aufgenommen.

### Errichtung von 46 Wohnungen mit Finanzierung dieses Projektes betr.

In einer früheren Sitzung des Kollegiums war bekanntlich vorgeschlagen worden, circa 50 Kleinwohnungen zu errichten. Das Projekt ist nunmehr genehmigt worden, so daß der Bau demnächst in Angriff genommen werden wird. Es werden 46 Wohn- und Schillerstraße 9 Wohnhäuser errichtet mit insgesamt 46 Wohnungen und zwar werden erbaut: 5 Häuser mit je 6 Wohnungen und 4 Häuser mit je 4 Wohnungen.

Der Gesamtrat hat hierzu auf Vorschlag des Finanzausschußes und Bauausschußes beschlossen, den städtischen Kollegien zu empfehlen, das Bauprogramm der SPD-Fraktion in der vom Stadtbauamt vorgeschlagenen veränderten Weise durchzuführen und 46 Wohnungen zu errichten unter Verwendung von 1. Hypotheken aus Sparkassen- und Kassenmitteln, 2. Hypotheken aus Mitteln der Bundes- und Landesrentenkassen und des Reiches aus Anleihenmitteln unter Ausschluß des Zugriffs auf Reichsrentenmittel. Weiter ist vom Ausschusse beschlossen worden, diese Bauten in eigener Regie auszuführen, den städt. Kollegien zu empfehlen.

Finanzierung ergibt sich somit wie folgt: Die Bundes- und Landesrentenkassen geben zweifelhafte Hypothekenrecht nach dem Ertragswerte einer Kleinwohnung, wie er nach Klassen für die einzelnen Gemeinden in Sachsen festgelegt ist. Mies gehört dabei in die Klasse II. In dieser Klasse ist der Ertragswert für Wohnungen mit 50—60 Quadratmeter Wohnfläche, wie sie im Bauprogramm in Frage kommen, 6000 Reichsmark. Von diesem Ertragswerte gibt die Bundes- und Landesrentenkassen als zweite Hypothek 4,5 Prozent und gestattet, daß 50 Prozent dieses Ertragswertes als 1. Hypothek vorangehen.

Wenn eine Wohnung also nach dem Projekt im Durchschnitt 2500 RM. kosten wird, so ergibt sich folgende Finanzierung: Erstklassige Sparkassenhypothek von 2500 RM. zu 6 Prozent. Zweifelhafte Darlehen der Bundes- und Landesrentenkassen von 2500 RM. zu jährlich 8 1/2 Prozent und der Rest aus Anleihenmitteln.

Herr Stadtm. Schinkel (Bürgerl.) erklärte im Auftrage der bürgerlichen Fraktion, daß sie es ablehne, das Projekt unter den vorgelegten Finanzierungsbedingungen zu unterstützen.

In der einsehenden Aussprache kam zunächst Herr Stadtm. Vorheiser Günther zu Worte, der in längeren Ausführungen das Projekt vom sachmännlichen Standpunkte aus beleuchtete und betonte, daß man bestrebt sein müsse, möglichst viel Wohnungen zu errichten, dabei aber von allem Luxus absehen müsse. Er erklärte, daß er die Art der geplanten Ausführung nicht ablehnen könne, sondern nur anerkennen könne, weshalb er dieses Projekt ablehne. Er sei auch gegen den Vorschlag der SPD-Fraktion, eine architektonische Ueberprüfung des Projektes vornehmen zu lassen.

Herr Stadtm. Vorheiser Günther bemerkte, daß man sich mit dem Grundriß für die vorgesehenen Bauten einverstanden erklären könne; die Anlage müßte aber nochmals auf ihren architektonischen Charakter nachgeprüft werden.

Herr Stadtm. Fischer sprach ebenfalls gegen die Form der Ausführung. Er halte es für zweckmäßiger, wenn größere Wohnungen, bestehend aus mindestens 5 Zimmern erstellt würden, weil seiner Meinung nach das Bedürfnis bestehe, kleinere Wohnungen gegen größere einzutauschen. Ein diesbezüglicher Antrag fand keine Unterstützung.

Die Ratsvorlage wurde schließlich gegen 9 Stimmen angenommen, beschließen wurde auch ein Zusatzantrag, eine architektonische Ueberprüfung des Projektes vornehmen zu lassen, gegen 8 Stimmen angenommen.

Einige Herren der Rechte waren während der Abstimmung nicht im Saale anwesend.

### Rücküberführung des Projektes, den Einbau von Kleinwohnungen in die frühere Kaserne 23 betr.

Da der Vertrag mit der Besitzerin des Grundstücks nicht das versprochen habe, was man von ihm erhoffte, haben der Bauausschuß und der Rat beschlossen, die Durchführung des geplanten Projektes fallen zu lassen.

Dem Beschlusse trat das Kollegium gegen 9 Stimmen der Rechte bei.

### Kauf eines Grundstückes von 2000 RM. aus dem städtischen Grundstückskasse für den Wohnungsbau 1928

erklärte sich das Kollegium einstimmig einverstanden.

### Beihilfe an Frau Schinkel, Knappschütz betr.

Zur Durchführung eines Projektes, den die Stadt Mies im Interesse der beteiligten Gemeinden durchzuführen gedenkt, hat die Stadt Mies einen einflussreichen Vorschlagskomitee beauftragt. — Auf Vorschlag des Rates beschloß das Kollegium gegen die Stimmen der beiden Aufwertungsparlamentarier, daß sich die Stadt dem Vorlage anschließen und beihilfliche den erforderlichen Beitrag.

### Überprüfung der Teufelsteine für die Stadt Mies und die Schulgemeinde.

In einem Schreiben des Rechnungsrates wird mitgeteilt, daß sich durch die Eingemeindung die Arbeiten in den städtischen Kasernen außerordentlich vermehrt haben. Zur Bewältigung der Arbeiten wird vorgeschlagen, ein neues Teufelsteinsystem, wie dies bereits bei mehreren Gebäuden mit Erfolg angewandt wurde, einzuführen. — Der Finanzausschuß und auch der Rat haben sich mit der vorgeschlagenen Neuerrichtung einverstanden erklärt. — Das Kollegium ertheilt ebenfalls seine Zustimmung.

### Umwandlung der Grundstückskategorie eines Grundstücks.

Es handelt sich hier um einen streifenförmigen Grundstücks der Firma Hüthig u. Söhne, der seinerzeit bei Stadt umgewandelt zur Verfügung gestellt worden ist, dessen teilweise Zurückgabe aus praktischen Gründen jetzt aber beabsichtigt wird. Der Rat hat dem Ersuchen zugestimmt.

Herr Stadtm. Holland konnte sich mit dem Kaufmännischen und juristischen Sachverständigen nicht einverstanden